



Resolution des Gesprächskreises für Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW

Flüchtlinge brauchen Sprache

Der Gesprächskreis für Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW unterstützt die Resolution der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V. vom 08.05.2015.

Er fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass Flüchtlingen in NRW das Erlernen der deutschen Sprache in weit größeren Umfang als bisher ermöglicht wird.

Sprache ist das erste und entscheidende Mittel, um sich in der Fremde zu orientieren und sich in eine Gesellschaft und dann auch in deren Arbeitsprozesse integrieren zu können.

Die Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung und ihre Träger-einrichtungen tragen in vielen Bezügen bereits jetzt dazu bei, dass Flüchtlinge begleitet und unterstützt werden. Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände haben an vielen Orten dafür zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang bereitgestellt, um schnell und unbürokratisch Hilfe vor Ort leisten zu können.

Der Gesprächskreis hält die von der Landesregierung auf dem Flüchtlingsgipfel im Oktober 2014 bereitgestellten Mittel zum Erlernen der Sprache i.H.v. 500.000 € für Sprachkurse für ganz und gar nicht ausreichend. Jede anerkannte Einrichtung durfte nur einen einzigen Kurs beantragen, trotzdem waren die Mittel innerhalb weniger Wochen abgerufen. Zusätzliche Sprachkurse werden an vielen Orten in NRW weiterhin dringend gebraucht, damit ein flächendeckendes Angebot für mehrere 10.000 Menschen, die bislang keinen Zugang zu einem Kurs erhalten haben, bereit gestellt werden kann.

Daher appelliert der Gesprächskreis für Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW an die Landesregierung, ein längerfristiges Programm zur Förderung von Sprachkursen für Flüchtlinge aufzulegen, das sich an den Richtlinien des diesjährigen 500.000 €-Projekts orientiert. Jeder Euro, der hier investiert wird, ist nachhaltig investiert.

Weitere Maßnahmen zur Integration lassen sich aufbauend auf einer guten Sprachförderung einfacher und kostengünstiger umsetzen. Wir halten es für die Aufgabe der Landesregierung, für eine grundlegende, flächendeckende und professionelle Sprachförderung für Flüchtlinge in NRW Sorge zu tragen und die dramatische Unterfinanzierung dieses Politikfeldes zu korrigieren.

Die Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung versichern der Landesregierung im Gegenzug, dass sie - sobald weitere Mittel zur Verfügung stehen - diese nutzen werden, um die bestehenden Strukturen und Maßnahmen zu verstetigen, zu verbessern bzw. auszuweiten.

Düsseldorf, 12.05.2015